

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 70. JG, AUGUST 2019

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Zusammenhalt macht uns stark!“



Analyse:

Mögliche Regierungskonstellationen nach den Wahlen und deren Auswirkungen

Seite 4

Pflege:

Wie kann es gelingen, leistbare und hochwertige Pflege für alle sicherzustellen?

Seite 8

Demokratie:

Über die Politik-(un)kultur der türkisblauen Regierung

Seite 12

250 m²
WOW

HYPO WohnbauFinanzierung.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at

Wir schaffen mehr Wert.



Punktlandung mit
individuellem Service.
Das finden wir #digitoll.

SPORTFAMILIE
DIE SPORTEBERLEBUNG DER ENERGIE AG

*Michael Hayböck
Skisprung-Weltcupsieger und
Vincent Kriechmayr
Abfahrts- & Super-G-Weltcupsieger*

Immer auf dem Sprung. Von einer digitalen Serviceleistung zur nächsten. Punktgenau auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Unser eService für Strom und Gas einfach per Mausclick. Für uns steht der Kunde im Zentrum.

ENERGIE AG
Oberösterreich

Wir denken an morgen

digitoll.energieag.at



Droht Österreich die Neuauflage von Türkis-Blau?

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Im Mai kam das „Ibiza-Video“ an die Öffentlichkeit und damit war der türkis-blaue Koalitionsfriede dahin. Da die Freiheitlichen Herbert Kickl nicht als Minister opfern wollten, wie von Sebastian Kurz gefordert, hat letzterer dann gleich die Regierungszusammenarbeit beendet und Neuwahlen angekündigt. Die politische Ausgangslage vor den Nationalratswahlen und die Perspektiven für eine inhaltliche Neuausrichtung Österreichs beschäftigen uns in der aktuellen Ausgabe des Bildungskuriers.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Oberösterreich schon vor der rechtskonservativen Koalition auf Bundesebene ein türkis-blaues Versuchslabor war. Bereits seit 2015 regiert hier eine einschlägige Koalition mit der entsprechenden politischen Zielsetzung. Für viele der rassistischen Entgleisungen von FPÖ-MandatarInnen

(die berühmten „Einzelfälle“), zeichneten Freiheitliche aus Oberösterreich verantwortlich. Trotzdem hat Landeshauptmann Stelzer die Koalition mit der Freiheitlichen Partei auf Landesebene nicht beendet. Elmar Podgorschek musste zwar als Landesrat vorzeitig in Pension gehen – seine Rede bei der AfD im Jahr 2018 war mit einem Jahr Zeitverzug Stelzer dann doch zu „widerlich“. Das war für die Volkspartei aber ausreichend: Die Koalition im Bundesland wird weitergeführt – ein Vorbote dafür, dass die türkise Volkspartei nach den Nationalratswahlen im September auch auf Bundesebene wieder mit den Freiheitlichen weitermachen wird; vielleicht mit der Bedingung, dass Kickl und Podgorschek auf ein Regierungsamt verzichten, aber auch das könnte nach den Wahlen plötzlich vergessen sein...

„Die türkise Volkspartei wird nach den Wahlen wieder mit den Freiheitlichen weitermachen.“

- 4 **Analyse:** Wie sich mögliche Regierungskonstellationen nach den Nationalratswahlen auf drängende Zukunftsfragen auswirken könnten, analysiert Bernd Dobsberger.
- 6 **Interview:** Alois Stöger und Eva-Maria Holzleitner im Gespräch über den anstehenden Wahlkampf, politische Inhalte der Sozialdemokratie und Demokratie.
- 8 **Pflege:** Wie es gelingen kann, leistbare und hochwertige Pflege für alle sicherzustellen, erklärt Gabriele Knauseder.
- 9 **Wohnen:** Das 3-Punkte-Paket zur Wohnkosten-Senkung der SPÖ stellt Petra Wimmer vor.
- 10 **Mobilität:** Überlegungen zu klimaschonender Mobilität stellt Markus Vogl an.
- 11 **Bildung:** Chancengleichheit statt Bildungseliten fordert Doris Margreiter.
- 12 **Demokratie:** Über die Politik(un)kultur der türkis-blauen Regierung und das Gegenmodell der SPÖ schreibt Sabine Schatz.
- 13 **Kommentar:** Die Chancen der bevorstehenden Nationalratswahl als Sozialdemokratie zu nutzen, ist der Appell Birgit Gerstorfers.

Inhalt



© MecGreenie

6



8



9



10



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 03/19, August, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2019, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Richtungsentscheidung Nationalratswahl

Wie wirken sich mögliche Regierungskonstellationen auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme in den kommenden Jahren aus? Eine Analyse.

BERND DOBESBERGER

Drei dominante Entwicklungen bestimmen das gegenwärtige Weltgeschehen: Erstens die zunehmende Spaltung zwischen jenen, die viele sind und wenig haben und jenen, die viel haben und wenige sind. Diese gesellschaftliche Spaltung ist nicht nur ein ökonomisches und soziales Problem, auch die Demokratie ist dadurch bedroht. Zweitens die Klimakrise. Ökologische Fragen beeinflussen die Lebensbedingungen auf dem gesamten Planeten, weshalb Antworten auf die rasanten klimatischen Veränderungen dringend gefordert sind. Und drittens die Digitalisierung, die nicht nur Arbeit und Wirtschaft massiv verändert, sondern ohne entsprechende Regulierung auch Überwachung in bisher unbekanntem Ausmaß ermöglicht und die Dominanz monopolistischer Digitalkonzerne befördert.

Bei den kommenden Nationalratswahlen in Österreich geht es um die grundsätzliche Richtungsentscheidung, wie mit diesen globalen Problemen künftig umgegangen werden soll; darum also, welche Lösungswege von den Parteien vorgeschlagen werden – auch unter Beachtung der jeweils möglichen Regierungskonstellationen. Doch zunächst ein Blick in die nähere Vergangenheit.

Das politische Erbe von Türkis-Blau

Sozialstaat abbauen, Masseneinkommen unter Druck setzen, Steuern

Mehr als ein Farbenspiel: Welche Regierungskonstellation wird die nächsten fünf Jahre Österreich gestalten?



für die Reichen senken, Gewerkschaften zurückdrängen – das ist seit jeher die Richtschnur neoliberaler Politik. Die türkis-blaue Regierungskoalition hat seit Anfang 2018 versucht, dieses Politikmodell umzusetzen. Ziel war der so genannte „Wettbewerbsstaat“. In der Praxis bedeutete dies: Gesetze im Interesse großer Unternehmen, ein Zurückdrängen der Gewerkschaften und den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen für die unteren Gesellschaftsschichten. Demokratische Debatten wurden durch die berühmte „Message Control“ verhindert, das Parlament als reine Abnick-Institution behandelt. Mit Propaganda und Politik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen schließlich wurde Stimmung gegen Minderheiten gemacht.

Antworten auf die eingangs angeführten zentralen politischen Aufgaben der Gegenwart präsentierte die letzte Regierungskoalition dafür keine. Gleichheit war kein Anliegen, sondern vielmehr ein Feindbild. Klimapolitik wurde nicht als nicht notwendig erachtet oder bestenfalls als Feigenblatt betrieben. Und was Digitalisierung betrifft, standen ausschließlich die Interessen der globalen Kapitaleigner oder der Ausbau digitaler Technologien für polizeiliche Überwachungsmöglichkeiten im Fokus.

Droht Türkis-Blau II?

Soweit zum politischen Erbe von Türkis-Blau. Mit den Nationalratswahlen im September werden die Karten neu gemischt. Als Drohgespenst steht eine Neuauflage von Türkis-Blau im Raum, die

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



auch die Fortsetzung des politischen Kurses von Türkis-Blau I bedeuten würde. Die politische Schnittmenge zwischen ÖVP

„Als Drohgespenst steht eine Neuauflage von Türkis-Blau im Raum.“

und FPÖ ist nach wie vor groß. Gleichzeitig sind manchen AkteurInnen in der Volkspartei die Freiheitlichen zum Schäumen peinlich, spätestens seit dem Ibiza-Video. Es wird daher auf das Wahlergebnis ankommen, ob Kurz andere Koalitionsoptionen in Betracht ziehen muss.

Alternative Regierungskonstellationen für Kurz

Eine mögliche Regierungsvariante ist jene der Volkspartei mit den Neos. Der schlanke Wettbewerbsstaat gehört bei beiden Parteien zur zentralen politischen Programmatik. Politik gegen die gesellschaftliche Spaltung kann man sich damit von Türkis-Pink nicht erwarten. Eine derartige Regierungskonstellation wäre aber auf europäischer Ebene verträglicher als eine Regierung mit freiheitlicher Beteiligung. Haben sich doch die Neos stets als flammende BefürworterInnen der EU präsentiert und sich die – auch EU-weit – immer bedeutender werdenden Themen Klima- und Digitalisierungspolitik auf die Fahnen geschrieben. Die größten

Konflikte zwischen Volkspartei und Neos wären in Demokratiefragen zu erwarten. Offensive „Message Control“ oder das Durchpeitschen von Gesetzesvorhaben wären mit den Neos wahrscheinlich schwieriger als mit der FPÖ. Dass aber eine Regierungszusammenarbeit daran scheitern würde, darf bezweifelt werden.

Auch die Stimmen für eine türkis-grüne Regierungskoalition nach den Wahlen mehren sich. Mehr als den Neos ist es den Grünen zuzutrauen, in einer Koalition mit der Volkspartei deutliche Änderungen in der Klimapolitik zu erreichen. Sowohl die objektive Notwendigkeit, als auch die öffentliche Stimmung und Erwartungshaltung an die Grünen würden das unterstützen. In der Digitalpolitik könnten die Grünen in einer Regierung mit der Volkspartei zumindest Akzentverschiebungen erreichen. Das Zustandekommen von Türkis-Grün wird sich wohl an der Frage der Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheiden: Setzen sich innerhalb der Grünen AnhängerInnen einer sozialstaatlichen Politik durch, dann wird eine Einigung mit der Kurz-ÖVP an den unterschiedlichen Politikvorstellungen

scheitern. Setzen sich die bürgerlichen Grünen durch, die AnhängerInnen eines Wettbewerbsstaats also, dann steht einer türkis-grünen Koalition nichts mehr im Weg. Eine solche Koalition würde aber an der ökonomischen und sozialen Spaltung der Gesellschaft genauso wenig verändern wie Türkis-Blau oder Türkis-Pink.

Und die Sozialdemokratie?

Eine Regierungsbeteiligung ist kein Selbstzweck. Genauso wenig ist Dankbarkeit zu erwarten, wenn man damit wirbt, „Schlimmeres“ verhindern zu wollen. Eine Koalition mit sozialdemokratischer Betei-

„Eine Regierungsbeteiligung ist kein Selbstzweck.“

ligung – egal wie diese konkret aussieht – muss also sicherstellen, dass es tatsächlich Verbesserungen für die große Mehrheit der Bevölkerung gibt, d.h. Politik für die Vielen und nicht für die Wenigen gemacht wird. Dazu müssen Kriterien formuliert werden,

anhand derer über eine Regierungsbeteiligung entschieden werden kann: Eine Regierung mit sozialdemokratischer Be-

„Eine Koalition mit sozialdemokratischer Beteiligung muss Politik für die Vielen und nicht für die Wenigen machen.“

teilung muss darauf ausgerichtet sein, Politik gegen die soziale Spaltung und für einen starken Sozialstaat zu machen. Sie muss eindeutig den Weg des Multilateralismus statt des Nationalismus einschlagen. Internationale Kooperation braucht es sowohl für den Klimaschutz als auch für eine demokratische Digitalisierung. Und schließlich muss gesichert sein, dass Menschenrechte und Demokratie nicht relativierbar sind. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, ist eine Regierungsbeteiligung der SPÖ nach den Nationalratswahlen im Herbst sinnvoll und glaubwürdig.

SPARKASSE 
Oberösterreich

Wir
bewegen
Oberösterreich
seit

170

Jahren

#glaubandich

www.170jahre.at   

„Zusammenhalt macht uns stark!“

Alois Stöger und Eva-Maria Holzleitner, Spitzenkandidat und Spitzenkandidatin der SPÖ Oberösterreich für die kommende Nationalratswahl, im Bildungskurier-Interview über den anstehenden Wahlkampf, politische Inhalte und Demokratie.

Bildungskurier: Durchs Reden kommen d'Leut zam! Wenn ihr mit Menschen spricht, welche Themen brennen ihnen unter den Nägeln?

Holzleitner: Bei jungen Leuten kommen immer wieder Themen, die den ersten Schritt in die persönliche Selbstständigkeit betreffen – leistbarer Wohnraum, günstige und gut ausgebauten Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit oder zur Ausbildungsstätte. Aktuell ganz brisant sind Nachhaltigkeit und Klima – dass wir auf unseren Planeten schauen, sowie die Umwelt und Artenvielfalt auch für die kommenden Generationen sichern.

Stöger: Junge Menschen sehen, dass die Wirtschaft so nicht mehr funktioniert. Sie ist ungerecht, verteilt nach oben und zerstört die Welt. Viele erzählen über steigende Preise fürs Wohnen und die Unsicherheit in der Arbeit. Die Menschen leiden unter dem steigenden Druck am Arbeitsplatz. Sie haben das Gefühl, ihr Leben nicht mehr selber gestalten zu können.

Bildungskurier: Welche Lösungen bietet hier die Sozialdemokratie?

Stöger: Die SPÖ hat immer für eine gerechte Verteilung gekämpft. Jeder soll ein

„Die SPÖ hat immer für eine gerechte Verteilung gekämpft.“ (Stöger)

Dach über dem Kopf haben und Arbeit bekommen. Das zeigt sich auch in un-

seren konkreten Maßnahmen, wie der Ausbildungsgarantie, der Jugendbeschäftigungsgarantie, der Aktion 20.000. Fürs Wohnen fordern wir etwa die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten und einen Wohnbonus für Haus- und WohnungseigentümerInnen im Rahmen der Steuererklärung.

Holzleitner: Wir versuchen umfassende Lösungen zu bieten. Beim Thema Klimagerechtigkeit geht es darum, dass wir nicht nur als Individuen unseren Beitrag leisten, sondern auch jene Branchen, die die Umwelt massiv belasten, in die Pflicht nehmen – Stichwort Flugverkehr. Hier braucht es unbedingt eine sozial ausgewogene CO₂-Steuer, am besten EU-weit. Gleichzeitig muss in Forschung und Entwicklung noch stärker investiert werden, um, unter anderem, die nachhaltige Energieversorgung noch effizienter zu gestalten und Alternativen zu knappen Ressourcen zu finden.

Bildungskurier: Die größte politische Herausforderung der letzten Monate für euch?

Stöger: Maßnahmen zu setzen, um nicht zuzulassen, dass jemand mit 30 Prozent der Wählerstimmen 100 Prozent der Macht beansprucht. Also konkret der Misstrauensantrag gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung. Nach dem Scheitern von Türkis-Blau konnten wir viele Verbesserungen durchsetzen, wie etwa die volle Anrechnung der Karenzzeiten, einen Rechtsanspruch auf das Papamonat, einen umfassenden NichtraucherInnen-Schutz und die Erhöhung des Pflegegeldes.

Holzleitner: Die größte Herausforderung war für mich die Kompetenzvereinbarung

IM INTERVIEW

Alois Stöger

ist Verkehrssprecher des SPÖ-Nationalratsklubs und Bezirksparteivorsitzender in Urfahr-Umgebung. In den Jahren 2008 bis 2017 war er Gesundheits-, Sozial- sowie Verkehrsminister.

Eva-Maria Holzleitner

ist Vorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ OÖ. Die Welserin gehört seit 2017 dem Nationalrat an und ist Kinder- und Jugendsprecherin der SPÖ.

im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Zwischen Bund und Ländern eine solide Vereinbarung zu verhandeln, war nicht immer einfach. Das Thema ist, meiner Meinung nach, noch nicht ganz abgeschlossen. Es braucht eine kontinuierliche Koordinierung sowie Evaluierung zwischen Bund und Ländern, um die Standards für die betroffenen Kinder und Jugendlichen weiterzuentwickeln.

Bildungskurier: Und welcher Bereich gehört, eurer Meinung nach, nach der Wahl unmittelbar angepackt?

Holzleitner: Der Bereich der Teilhabe, denn junge Menschen sind politisch und wollen mitreden. Es braucht politische Bildung als eigenständiges Schulfach in allen Schultypen und Ausbildungen. Besonders wichtig ist mir auch die weitere Stärkung der Kinderrechte. Wir feiern heuer 30 Jahre Kinderrechtskonvention, dennoch haben nicht alle Kinder den selben Zugang zu Bildung, Gesundheit, etc. Auch nachhaltige Mobilität durch

günstige und gut getaktete Öffis können wir nicht länger auf die lange Bank schieben.

Stöger: Die Schaffung eines Pflegegarantiefonds. Außerdem muss der Durchrechnungszeitraum für die Pensionen wieder auf die besten 15 Jahre geändert werden. Das schützt vor allem Frauen vor Altersarmut. Die sechste Urlaubswoche für alle, die über 25 Beitragsjahre haben und eine rasche Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche.

Bildungskurier: Was bedeutet für dich Demokratie, Evi?

Holzleitner: Demokratie bedeutet für mich, dass es Teilhabemöglichkeiten gibt – ob Dialogforen zum Austausch, poli-

„Demokratie bedeutet für mich, dass es Teilhabemöglichkeiten gibt.“ (Holzleitner)

tische Bildungsformate, Bürgerstamm-tische, etc. Und es bedeutet, Menschen, die Woche für Woche auf die Straße gehen, wie aktuell bei Fridays for Future, nicht nur zu hören, sondern auch ernst zu nehmen und sich mit ihren Vorschlägen wahrhaft auseinandersetzen.

Bildungskurier: Alois, du betonst immer „Österreich braucht eine soziale Demokratie“. Wie ist das gemeint?

Stöger: Demokratie entwickelt sich nur, wo die Menschen keine Angst vor Krankheit, Armut, Benachteiligungen, etc. zu

„Die Sozialdemokratie nimmt die Ängste der Menschen wahr und gibt ihnen Sicherheit.“ (Stöger)

haben brauchen. Die Sozialdemokratie nimmt die Ängste der Menschen wahr und gibt ihnen Sicherheit. Sicherheit ist aber keine Frage von Panzern und Raketen. Soziale Sicherheit bedeutet, auf Leistungen wie Kollektivverträge, Was-



© MacGreenie

serversorgung, Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge und vieles mehr zugreifen zu können. Nur wer sozial abgesichert ist, kann seinen eigenen Weg und den Weg unserer Demokratie gestalten.

Bildungskurier: Am 29. September wählen wir den Nationalrat neu. Was braucht es, dass die Menschen die SPÖ wählen?

Holzleitner: Es braucht authentische Lösungen, die den Grundwerten der So-

„Es braucht authentische Lösungen, die den Grundwerten der Sozialdemokratie entsprechen.“ (Holzleitner)

zialdemokratie entsprechen. Wenn wir zum Beispiel von Nachhaltigkeit und Kli-

Alois Stöger und Eva-Maria Holzleitner – das Spitzenduo der SPÖ Oberösterreich für die Nationalratswahl.

magerechtigkeit sprechen, geht es auch um soziale Aspekte. Die SPÖ war immer stark, wenn sie glaubhafte Lösungen gegen gesellschaftliche Ungleichheiten umgesetzt hat. Das muss sich in unseren Taten und Worten heute genauso wiederfinden.

Stöger: Die SPÖ wird hinhören, was die Menschen beschäftigt und Lösungen anbieten, die funktionieren und die praktikabel sind, wie beispielsweise ein österreichweites 3 Euro pro Tag Öffi-Ticket sowie mehr und neue Verbindungen im öffentlichen Verkehr oder Kinderbetreuung, die den Bedarf der Familien deckt – und das auch am Land. Im Gespräch werden wir klar erläutern, warum eine sozialdemokratische Regierung das Beste für die Menschen in Österreich ist.

Die Zukunft der Pflege

Der Anteil pflegebedürftiger Menschen in der Bevölkerung steigt. Wie kann es gelingen, leistbare und hochwertige Pflege für alle sicherzustellen?

GABRIELE KNAUSEDER

Aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschrittes nimmt der Anteil pflegebedürftiger Menschen in der Bevölkerung stetig zu. Eines der größten sozialen Zukunftsthemen ist daher die Sicherstellung der Pflege für alle. Rund 80.000 Menschen und deren Angehörige müssen sich derzeit in Oberösterreich mit diesem Thema auseinandersetzen. Diese Zahl wird bis zum Jahr 2040 auf ca. 126.000 ansteigen. All jenen müssen wir ein Recht auf Pflege garantieren.

„Pflege muss leistbar sein. Pflege muss erreichbar sein. Und Pflege muss hochwertig sein.“

Pflege muss leistbar sein. Pflege muss erreichbar sein. Und Pflege muss hochwertig sein. Doch wie kann das gelingen? Aus Sicht der SPÖ Oberösterreich sind dazu folgende Bausteine notwendig:

Zentrale Pflegeservicestellen sollen in jedem Bezirk eingerichtet werden. Diese sollen die Menschen in Pflegefr-

Hochwertige, leistbare und erreichbare Pflege für alle ist das Ziel.



gen unterstützen und ihnen individuell mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Erhebung des Pflegebedarfes, Auskunft über die Möglichkeiten der Versorgung, Hilfe bei Behördenwegen oder bei diversen Anträgen (Pflegegeld, Heimantrag, etc.), sowie eine kontinuierliche Begleitung während der Pflegephase sind Aufgaben dieser Servicestellen.

Volle Wahlfreiheit zwischen einer Pflege zu Hause (durch Angehörige oder mobile Pflegedienste) oder stationärer Pflege (in einem Pflegeheim) muss sichergestellt sein. Diese Entscheidung muss frei von finanziellen Sorgen getroffen werden können.

Ein **Rechtsanspruch auf Pflegekarenz und Pflegeteilzeit** ist notwendig. Ein Schicksalsschlag kommt unverhofft und stellt die Betroffenen und deren Angehörige vor große Versorgungsprobleme. Die Erfahrung zeigt, dass der Großteil der Pflegebedürftigen so lange wie möglich zu Hause versorgt werden möchte. Meist leisten zunächst weibliche Angehörige die notwendige Hilfe.

„Der unermüdliche Einsatz der pflegenden Angehörigen verdient viel mehr Wertschätzung.“

Der unermüdliche Einsatz der pflegenden Angehörigen verdient viel mehr Wertschätzung und Anerkennung in unserer Gesellschaft.

Die **Erweiterung bestehender Pflege- und Betreuungsangebote** ist unentbehrlich. Schon jetzt gibt es in einigen Regionen Wartelisten für mobile Pflegedienste. Es braucht dringend einen Ausbau der verschiedenen Dienstleistungstypen (Hauskrankenpflege, Mobile Hilfe, etc.). Ein Angebot flexibler Tages-

DIE AUTORIN:

Gabriele Knauseder ist Bezirksvorsitzende der SPÖ und Gemeinderätin in Braunau. Seit 35 Jahren im Pflegebereich tätig.



betreuung, beispielsweise bei Demenz, soll berufstätige pflegende Angehörige zusätzlich entlasten.

Die **Rahmenbedingungen für das professionelle Pflegepersonal** zu verbessern, darf angesichts des bereits bestehenden Fachkräftemangels in der Altenpflege ebenfalls nicht auf die lange Bank geschoben werden. Neben einer qualitativen Ausbildung und besserer Entlohnung braucht es weitere Maßnahmen, wie etwa die Überarbeitung des längst veralteten Personalschlüssels, um den Beruf der Altenpflege attraktiver zu gestalten.

Ein **Pflegegarantiefonds**, der alle Gelder des Bundes und der Länder in einen Topf zusammenführt, ist ein letz-

„Es braucht eine staatliche Pflegegarantie.“

ter wichtiger Baustein für die Pflege der Zukunft. Denn Pflege kostet viel. Soweit dies nicht aus eigener Kraft möglich ist, müssen die Pflegekosten von der öffentlichen Hand getragen werden. Dazu braucht es eine staatliche Pflegegarantie.

Pflege geht uns alle an. Selbst wenn Pflege immer eine emotionale Herausforderung bleibt, so soll sie künftig keine finanzielle Belastung mehr sein. Dafür kämpft die SPÖ.

Wohnen muss ein Grundrecht bleiben

Ob vor 100 Jahren im Roten Wien oder aktuell mit dem SPÖ-3-Punkte-Paket zur Wohnkosten-Senkung: Wenn es um Wohnen geht, hatte schon immer die Sozialdemokratie die richtigen Antworten.

PETRA WIMMER

Noch vor 100 Jahren mussten in Wien Massen vor ArbeiterInnen und Arbeitern in kasernenähnlichen Gebäuden ohne Fließwasser hausen. Erst der regierenden Sozialdemokratie gelang es, diese Zustände zu beseitigen – durch die Umsetzung eines riesigen gemeinnützigen Wohnbauprogramms mit über 60.000 neuen Wohnungen.

Im krassen Gegensatz dazu werden mit dem im Juni beschlossenen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz der inzwischen gescheiterten türkis-blauen Regierung 450.000 Genossenschaftswohnungen um rund 3.000 Euro pro Jahr teurer, weil die Miete nicht mehr gesenkt werden muss, nachdem alle Kredite getilgt sind.

„Die SPÖ bleibt ihrem Auftrag seit ihrer Gründung treu: leistbaren Wohnraum zu schaffen.“

Die SPÖ hingegen bleibt ihrem Auftrag seit ihrer Gründung treu: leistbaren Wohnraum für jene zu schaffen, die ohne Vermögen auf die Welt gekommen sind. Dazu hat die SPÖ ein umfassendes Konzept zur Senkung der Wohnkosten vorgelegt, das im Folgenden näher vorgestellt werden soll.

Sofortmaßnahmen für eine Entlastung der Menschen

Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten würde die Wohnkosten um zehn Prozent reduzieren. Ein Wohnbonus für Haus- und WohnungseigentümerInnen, die die Kosten für Wohnraumschaffung und für Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Steuererklärung absetzen könnten, wäre, anders als der schwarz-blaue „Familienbonus“, voll negativsteuerfähig. Profitieren

würden damit auch jene, die weniger als 1.200 Euro brutto im Monat verdienen.

Rechte von MieterInnen stärken

Zur Stärkung der Rechte von MieterInnen fordert die SPÖ die Einführung eines Universalmietrechts: ein faires

„Die SPÖ fordert ein faires System der Mietpreisgestaltung mit klaren Obergrenzen.“

System der Mietpreisgestaltung mit klaren Obergrenzen und nachvollziehbaren Zu- und Abschlägen für alle Mietwohnungen – unabhängig vom Jahr ihrer Errichtung. Das würde zu einer Senkung der Mieten von rund 15 Prozent führen und damit MieterInnen eine Ersparnis von durchschnittlich 330 Euro jährlich bringen. Entlasten würde auch ein Verbot der Überwälzung von MaklerInnen-Gebühren auf MieterInnen und die Einführung von hohen Geldstrafen bei Mietwucher mit Geldstrafen bis zu 300 Prozent der zu viel verlangten Miete bzw. Betriebskosten. Zurzeit ist Mietwucher völlig straffrei.

Immobilienpekulation bekämpfen und gemeinnützigen Wohnbau stärken

Eine zentrale Maßnahme zur Schaffung von leistbarem Wohnraum ist die Stärkung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Als klares staatliches Bekenntnis, dass Wohnraum weder dem Spekulieren noch den Gewinninteressen einiger weniger Großkonzerne unterliegen darf, soll die Flächenwidmung „sozialer Wohnbau“ verfassungsrechtlich abgesichert werden. Zudem sollen Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau

DIE AUTORIN:

Petra Wimmer

ist Abgeordnete für die SPÖ im Nationalrat. War 14 Jahre lang Geschäftsführerin von „Soziales Wohnservice Wels“.



forciert werden. Bei der Neuwidmung von Grundstücken in Bauland soll die Gemeinde mindestens einen Anteil von 50 Prozent (wie im SPÖ-geführten Wien) oder sogar bis zu 70 Prozent (wie im SPÖ-geführten Steyr) für den sozialen Wohnbau reservieren und zu günstigen Grundstückskosten an gemeinnützige Bauträger verkaufen können.

Alle diese Vorschläge wären rasch umsetzbar und würden die Wohnkosten für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen deutlich vergünstigen. Dafür steht die SPÖ – heute wie vor 100 Jahren.

**Der Karl-Marx-Hof in Wien:
Ein Musterbeispiel für die zukunftsweisende Wohnbaupolitik des Roten Wien in den 1920er und 1930er Jahren**



Umweltverträgliche Mobilität muss leistbar werden

Klimaschonende Mobilität ist oft teuer. Die SPÖ will das ändern, unter anderem mit einem Österreich-Ticket für alle Öffis um drei Euro pro Tag.

MARKUS VOGL

Ob beim Wohnen, Einkaufen oder bei der Mobilität: die meisten Menschen müssen auf ihr Geldbörserl achten. Klimaschonende Mobilität ist leider oft teuer. Während Flugbenzin steuerfrei ist, sind Benzin und Diesel hoch besteuert. Zusätzlich fallen auf Tickets für Zug, Bus und Straßenbahn Steuern an, während Flugtickets keiner Mehrwertsteuer unterliegen. Durch das Unterlaufen von Kollektivverträgen werden, vor allem bei Billigfliegern, weitere negative Anreize gesetzt. Deshalb ist Fliegen oft billiger, als die Bahn. Mit hohen Folgekosten für das Klima.

Klimazerstörung darf sich nicht lohnen

Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass Mobilität umweltverträglich ist und es faire Arbeitsbedingungen gibt. Klimazerstörung und Lohndumping dürfen sich nicht lohnen. Eine europä-

„Eine europäische Besteuerung des Flugverkehrs ist notwendig.“

ische Besteuerung des Flugverkehrs ist daher notwendig. Mit den Einnahmen daraus könnte ein Bahnhochgeschwindigkeitsnetz zwischen den europäischen Metropolen finanziert werden. Für die besonders klimaschädlichen Kurzstreckenflüge gäbe es dann eine Alternative.

Österreich – Bahnland Nummer 1

Dass der Ausbau der Bahninfrastruktur wirkt, beweist Österreich, das nicht umsonst Bahnland Nummer 1 in der EU ist. Trotz oft großem Termindruck ist Bahnfahren für viele mittlerweile die beste Alternative, insbesondere seit die Weststrecke gut ausgebaut ist. Durch die ÖBB-Jahreskarte ist Bahnfahren für Viel-

fahrerInnen auch vergleichsweise günstig. Gute Park&Ride-Anlagen schließlich ermöglichen eine unkomplizierte Anreise für diejenigen, die das Auto brauchen, um zum Bahnhof zu gelangen.

Das zeigt: Die Zukunft der Mobilität liegt auch in einer Vernetzung der unterschiedlichen Transportmethoden, wie beispielsweise Zug und Auto, sowie zwischen Land und Stadt. Denn auf dem Land ist man oft immer noch dazu gezwungen, auf das Auto als alleiniges Verkehrsmittel zurückzugreifen. Ein attraktiv gestalteteter Mobilitätsmix kann auch hier Teil der Lösung sein, beispielsweise durch bessere Radwege und neue Systeme für Sammeltaxis. In Verbindung mit digitalen Technologien stehen uns viele innovative Mobilitätslösungen offen.

Es liegt am Angebot

Ein Schlüssel zu klimaschonender Mobilität ist auch die Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln. In Wien, beispielsweise, ist bei PendlerInnen aus dem Westen der Anteil an Öffi-NutzerInnen hoch und steigend, während immer weniger Menschen aus dem Osten öffentlich nach Wien pendeln. Der Grund: Während die Weststrecke top ausgebaut wurde, ist die Verbindung von Osten her nicht mehr zeitgemäß. Nur wo es gut ausgebaute öffentliche Verkehrssysteme gibt, funktioniert der Umstieg auf klimaschonende Fortbewegungsmittel.

Österreich-Ticket um drei Euro pro Tag

Neben der Verbesserung des Angebots fordert die SPÖ ein Österreich-Ticket für alle Öffis. Österreichweit soll man um drei Euro pro Tag mit einer Jahreskarte alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen dürfen. Für zwei Euro pro Tag soll man in drei Bundesländern und um nur einen Euro pro Tag im eigenen Bundesland unterwegs sein

DER AUTOR:

Markus Vogl

ist Abgeordneter für die SPÖ im Nationalrat und arbeitet an innovativen Verkehrslösungen über Regionalentwicklungsprojekte.



© Michael Marzohl

können. Finanziert werden soll das Öffi-Ticket durch den Klimafonds.

„Klimaschonende Mobilität muss immer die günstigste Variante sein.“

Klimaschonende Mobilität muss immer die günstigste Variante sein. Dafür setzt sich die SPÖ heute und in Zukunft ein.

Die Vernetzung unterschiedlicher Transportmethoden sowie von Stadt und Land unter Zuhilfenahme neuer Technologien ist die Zukunft der klimaschonenden Mobilität.



Weg mit den Bildungseliten!

Bildungschancen sind in Österreich noch immer ungleich verteilt. Es ist die Aufgabe der Politik, Chancengleichheit herzustellen und soziale Kompetenzen zu fördern.

DORIS MARGREITER

Bildung ist einer der wichtigsten Faktoren für ein selbstbestimmtes Leben, denn Bildung schafft Perspektiven. Gerade in einem hochent-

„Bildung ist einer der wichtigsten Faktoren für ein selbstbestimmtes Leben.“

wickelten Land wie Österreich sollte daher die beste Bildung für jede und jeden gleich zugänglich und möglich sein. Die Realität sieht leider anders aus. Dabei wusste schon J.F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Ungleicher Bildungszugang schon bei den Kleinsten

Der ungleiche Bildungszugang beginnt schon bei den Kleinsten. Kinder aus ländlichen Regionen haben nicht dieselben Möglichkeiten für pädagogische, ganztägige Betreuung wie jene in den Städten. Oberösterreich, beispielsweise, ist unrühmliches Schlusslicht aller Länder in der Kleinkinderbetreuung. Trotzdem wird seitens der Landesregierung der Zugang zu Kinder-Bildungseinrichtungen durch politische Fehlentscheidungen stark eingeschränkt: Anstatt Kindergärten und Krabbelstuben samt Öffnungszeiten auszubauen, setzt man auf Gebühren für die Nachmittagsbetreuung – mit entsprechenden Resultaten: Bereits im ersten Halbjahr 2018 hatte die Einführung der kostenpflichtigen Nachmittagsbetreuung eine zusätzliche Reduzierung der Öffnungszeiten und -tage zur Folge.

Fehlende Chancengleichheit in Österreich

Ebenfalls sehr schlecht steht es in ganz Österreich um die tatsächliche Chancengleichheit. Wer in Österreich aus einer bildungsfernen Schicht kommt, hat

– einer OECD-Studie zum Thema Chancengleichheit in der Bildung zu Folge – im Vergleich mit der Bevölkerung anderer Industriestaaten geringere Entwicklungs- und Aufstiegschancen. In Österreich entscheidet also noch immer die soziale Herkunft über den Bildungserfolg.

Trotzdem hat die türkis-blaue Regierung in der letzten Regierungsperiode jegliche Maßnahme zur Herstellung von

„In Österreich entscheidet noch immer die soziale Herkunft über den Bildungserfolg.“

Chancengleichheit unterlassen. Im Gegenteil: Viele bildungspolitische Beschlüsse der letzten beiden Jahre führten sogar zu einer Verschlechterung des Status Quo, wie etwa die Wiedereinführung der Ziffernnoten, die Einführung verpflichtender Deutschklassen oder die Änderungen im sonderschulpädagogischen Bedarf.

Chancengleichheit herstellen und soziale Kompetenzen fördern

Um Chancengleichheit in Österreich herzustellen, müssen wir für Kinder und Jugendliche über den formal-rechtlichen Zugang hinaus die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sozio-kulturelle Benachteiligungen überwunden werden können. Die wichtigsten Ansätze dabei sind verschränkte Ganztagschulen und damit keine teuren Nachhilfestunden, keine Studiengebühren, weder an Unis noch an FHs, und ein Rechtsanspruch auf ganztägige, ganzjährige, kostenlose, pädagogisch geführte Kinderbetreuung.

Nicht weniger wichtig ist es, Kindern in allen Bildungseinrichtungen soziale Kompetenzen, wie Empathie und Solidarität, zu vermitteln. Wir müssen unseren Kindern beibringen, sich in die Situation anderer hineinzusetzen, die

DIE AUTORIN:

Doris Margreiter ist SPÖ-Nationalratsabgeordnete und seit 2014 Präsidentin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Oberösterreich.



Vielfalt der Menschen, ihrer Fähigkeiten und Denkweisen anzuerkennen und allen respektvoll gegenüberzutreten. Das ist die Aufgabe der Eltern, der Schulen und klarerweise auch der Politik.

„Chancengleichheit herzustellen, muss unser oberstes Ziel sein.“

Chancengleichheit herzustellen, muss unser oberstes Ziel sein. Daher: Weg mit den Bildungseliten – für eine gemeinsame, bessere, faire Zukunft!

Gemeinsam daran arbeiten, allen Kindern die besten Bildungschancen zu ermöglichen.



Demokratie stärken. Für die Millionen, nicht die Millionäre!

Rechtsextreme Vorfälle waren an der Tagesordnung der türkis-blauen Regierung. Konsequenzen gab es keine. Die Sozialdemokratie ist der Gegenpol zu dieser Politik.

SABINE SCHATZ

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik hat in den vergangenen Monaten herbe Verluste erlitten. Dabei waren das skandalöse Ibiza-Video und die Millionenspenden für den ÖVP-Wahlkampf nur die Spitze des Eisbergs. Die schwarzblaue Regierung hat in den vergangenen eineinhalb Jahren täglich die Grenzen des politisch Möglichen weiter nach rechts verschoben. Das, was vor ein paar Jahren noch als unsagbar galt, wurde auf einmal unwidersprochen laut ausgesprochen. Was vor ein paar Jahren noch unmöglich schien, wurde auf einmal möglich. Wenn ein FPÖ-Funktionär in einer Ortsparteizeitung von MigrantInnen als „Ratten mit Kanalisationshintergrund“ spricht, dann erinnert uns das an eine Zeit, die wir eigentlich nie wieder erleben wollten.

„In den 17 Monaten schwarzblauer Regierung gab es 64 rechtsextreme Vorfälle in den Reihen der FPÖ.“

In den 17 Monaten schwarzblauer Regierung gab es satte 64 rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorfälle in den Reihen der FPÖ. Das sind schon lange keine Einzelfälle mehr. Und das ist auch nicht der Narrensaum der Partei, wie manche das immer verharmlosen wollen. Verwunderlich sind diese Vorfälle aber nicht; wussten wir doch alle, wie diese Partei ideologisch tickt. Was aber wirklich bedenklich ist, ist, dass die ÖVP und allen voran Kurz als Kanzler zu fast allen diesen Vorfällen geschwiegen hat, um ungestört die Wahlkampfversprechen an seine GroßspenderInnen umsetzen zu können. Als Kanzler trug er Verantwortung dafür.

Er hatte – trotz aller Warnungen – die FPÖ in die Regierung geholt, obwohl ihm deren Ideologie bekannt war.

Letztlich blieben fast alle diese Vorfälle ohne langfristige Konsequenzen. Das zeigt, beispielsweise, die so genannte „Liederbuch-Affäre“ rund um den Spitzenkandidaten zur NÖ-Landtagswahl. Er ist mittlerweile FPÖ-Klubobmann im Landtag.

Ein Novum der türkis-blauen Koalition war es auch, dass rechte Medien von den FPÖ-Ministerien mit Inseraten bedient wurden. Aus parlamentarischen Anfragen ergibt sich bis dato eine Summe von knapp 100.000 Euro Steuergeldern, die an Medien wie „Wochenblick“ oder „alles roger?“ gegangen sind.

Gleichzeitig wurden die Menschen gegeneinander ausgespielt – MindestpensionistInnen gegen AsylwerberInnen, NiedrigverdienerInnen gegen MindestsicherungsbezieherInnen – um soziale Kürzungen und arbeitsrechtliche Verschlechterungen durchzusetzen.

**Für die Vielen,
nicht die Wenigen**

Die Sozialdemokratie ist der Gegenpol zu dieser Politik. Wir wollen ein gutes Leben für alle, unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht. Wir wollen gute Entlohnung und Arbeit für alle, die

**„Wir stehen für
eine Politik für die Vielen
und nicht die wenigen super-
reichen GroßspenderInnen!“**

am Ende des Tages auch noch Geld und Zeit für Familie und Freizeit übrig lässt. Wir wollen verfassungsrechtlich abge-

DIE AUTORIN:

Sabine Schatz
ist SPÖ-Abgeordnete
im Nationalrat und
SPÖ-Bereichssprecherin
für Erinnerungskultur.



sicherte Pensionen und eine staatliche Pflegegarantie. Wir wissen, dass die Klimafrage auch eine soziale Frage ist, dass die Schwächsten in der Gesellschaft auch die ersten VerliererInnen der Klimakrise sind und wir uns deshalb rasch dem Klima widmen müssen. Wir wissen, dass unsere Demokratie unser höchstes Gut ist und jede Stimme gleich viel wert sein muss. Wir stehen für eine Politik für die Vielen und nicht die wenigen superreichen GroßspenderInnen!

**Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus haben in unserer
Gesellschaft nichts verloren.**



Die Nationalratswahl als Chance für die Sozialdemokratie!

Die schwarz-blaue Regierung ist gescheitert und hat einen Scherbenhaufen hinterlassen. Jetzt muss die Sozialdemokratie die vorgezogenen Wahlen nutzen, um Boden zu gewinnen und unsoziale Fehlentwicklungen zu korrigieren.

BIRGIT GERSTORFER

Die schwarz-blaue Regierung wollte stets an ihren Taten gemessen werden. Diese waren bescheiden genug und die weiteren Vorhaben ließen befürchten, dass noch Vieles zum Nachteil der Menschen umgesetzt werden sollte. Jetzt ist Schwarz-Blau krachend gescheitert und wir bekommen viel früher die Chance, Mehrheiten für ein anderes, ein soziales, ein menschliches und ein weltoffenes Österreich zu finden.

Am 29. September wird der Nationalrat neu gewählt. Ich bin überzeugt, dass wir stärker werden, das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen und sie von den Vorzügen sozialdemokratischer Politik überzeugen können.

Kurz und Strache haben deutlich gemacht, dass sie ein anderes Österreich wollen. Sie haben den Weg des Ausgleichs verlassen und knallhart die Interessen ihrer GroßspenderInnen durchgesetzt, sei es bei der 60-Stunden-Woche, der Sozialversicherung oder dem Abbau von Demokratie- und Menschenrechten.

„Dieser Regierung das Misstrauen auszusprechen, war der einzig richtige Weg.“

Dieser Regierung das Misstrauen auszusprechen, war der einzig richtige Weg. Mit jedem Tag, den diese Regierung länger im Amt gewesen wäre, hätte das den Schaden für unser Land und seine BürgerInnen nur vergrößert. Jetzt geht es darum, DIE soziale Alternative für Österreich aufzuzeigen.

Auch Oberösterreich muss seit Antritt der schwarz-blauen Regierung als Versuchslabor für Kürzungen und Sozialabbau herhalten. Wurden im Wahlkampf noch Milch und Honig versprochen, knallte man nach der Wahl die

Sparpläne einfach auf den Tisch. In einer ungenierten Mentalität des Drüberfahrens wurden im Land, wie im Bund

„Jetzt geht es darum, DIE soziale Alternative für Österreich aufzuzeigen.“

drastische Einschnitte beschlossen. Zehn Prozent weniger Budget im Sozialbereich, Kürzungen der Mindestsicherung, Kindergartenstrafsteuern und Zahlen für das Studieren in den Fachhochschulen sind nur wenige Beispiele dafür.

Für die Nationalratswahl konzentrieren wir uns auf vier Kern-Botschaften:

- Weil Pflege uns alle angeht. Altern in Würde und Absicherung garantiert nur die SPÖ.
- Wir bekämpfen die Klimakatastrophe gemeinsam. Staat und Gesellschaft müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dies gelingt. Als ersten Schritt starten wir eine Mobilitätsoffensive.



DIE AUTORIN:

Birgit Gerstorfer ist Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich und Landesrätin für Soziales, Kinder- und Jugendhilfe, Gemeinden und Tierschutz.



- Weil alle ein Dach über dem Kopf brauchen. Leistbares Wohnen gibt es nur mit der Sozialdemokratie.
- Weil Bildung nichts kosten darf. Wir machen die Kindergärten und Krabbelstuben im ganzen Land gebührenfrei.

Als ich die SPÖ Oberösterreich als Vorsitzende übernommen habe, war mir von Anfang an klar, dass das kein Spaziergang wird, auch kein 100-Meter-Lauf, sondern ein Marathon bis zur nächsten Landtagswahl 2021. Mit der vorgezogenen Nationalratswahl hat die Sozialdemokratie beste Chancen, Boden zu gewinnen, gegenzusteuern und krasse, unsoziale Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Wir stehen für eine Politik der Zuversicht und des Miteinanders, die den Menschen wieder Hoffnung gibt, anstatt sie auseinanderzuidividieren, für ein Gleichgewicht in der Gesellschaft – gerade in einer Zeit, in der die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Wir sind gegen jede Form von Rassismus. Und für eine starke Demokratie.

Diese Wahl ist eine Chance und wir werden sie nützen!

Die Sozialdemokratie kämpft für eine Gesellschaft, in der alle gleich viel wert sind.

Renner Institut OÖ

Die Kommunalakademie startet im Oktober

Der mittlerweile siebte Durchgang der OÖ Kommunalakademie steht vor der Tür. Der Lehrgang wendet sich an kommunale Führungskräfte und unterstützt sie auf vielfältige Art und Weise. So erhalten sie in dieser sechsmoduligen Ausbildung das Handwerkszeug für die erfolgreiche Gestaltung von Politik. Neben Managementfähigkeiten geht es um spezifische sozialdemokratische Orientierung, die auf kommunaler Ebene erlebbar und erkennbar sein soll. Nicht zuletzt steht die kommunale

Strategieentwicklung im Fokus des Lehrgangs. Der Lehrgang verlangt den TeilnehmerInnen einiges an Engagement und Eigeninitiative ab – sei es in den Peergruppen, sei es mit schriftlichen Reflexions- und Abschlussarbeiten.



Sozialistische Jugend OÖ

Demokratie in Gefahr: Versammlungsfreiheit verteidigen!

SJ OÖ und Bündnis „Linz gegen Rechts“ bitten um deine Spende für Demokratie und Versammlungsfreiheit.

Im Jahr 2016 fand in den Linzer Redoutensälen eines der größten rechtsextremen Vernetzungstreffen im deutschsprachigen Raum statt. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit traf sich die Elite der ultrarechten Szene in öffentlichen Räumlichkeiten – die Empörung und der Widerstand war dementsprechend hoch. Das Bündnis „Linz gegen Rechts“ organisierte eine riesige Gegendemonstration, die u.a. auch vom ehemaligen Kanzler Kern unterstützt wurde.

Die SJ OÖ, die die Demo angemeldet hatte, wurde nun verklagt, weil die Fassade eines Gebäudes entlang der Demoroute leicht beschädigt wurde. Der Sachschaden selbst wurde von einer Person verübt, die von der Polizei weder im Vorhinein gestoppt wurde, noch im Nachhinein identifiziert werden konnte. Die SJ OÖ wurde in erster Instanz schuldig gesprochen, obwohl das Bezirksgericht selbst zugibt, dass den Demoanmelderinnen „in organisatorischer Hinsicht nichts vorzuwerfen war.“ Durch dieses Urteil wird die Versammlungsfreiheit zu einer Frage der Brieftasche. Jeder Schaden, der bewusst oder unbewusst von

völlig fremden Menschen verübt wird, könnte den Anmelde- rInnen angelastet werden. Inklusive Prozesskosten müsste die SJ OÖ über 23.000 € zahlen. Natürlich wurde, weil auch die politische Tragweite des Urteils enorm ist, Berufung eingelegt. Nun ist die SJ OÖ auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um die Kosten für Anwälte und Prozess stemmen zu können. Hilf auch du im Kampf für Demokratie und Versammlungsfreiheit.

Nähere Infos unter www.linz-gegen-rechts.at



Junge Generation in der SPÖ Oberösterreich

Mit dem ABC durch heiße Sommertage

Die legendären ABC - Arschbombencontests der Jungen Generation gehen auch in diesem Sommer in mehreren Bezirken in die nächste Runde. Dabei springen die TeilnehmerInnen vom 1 oder 3-Meter-Brett und können mit Saltos, Schrauben und anderen akrobatischen Einlagen ihr Können beweisen. Eine auserwählte Jury vergibt Punkte und die GewinnerInnen erwarten dabei tolle Preise. Alle Altersklassen sind herzlich eingeladen, bei diesen Sommer-Events teilzunehmen. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Gemeinden, vom Spardruck des Landes gezwungen, ihre Freibäder schließen, ist es umso wichtiger, mehr Initiative zu zeigen und die Wichtigkeit von öffentlichen Einrichtungen zur Abkühlung zu

zeigen. Ein Freibad ist eine gesellschaftliche Institution für alle BürgerInnen – es dient als Kommunikationstreffpunkt, Schwimmkurse werden abgehalten und als Freiräume für Jung und Alt. Der Kostendruck von ÖVP/FPÖ im Land muss aufhören und die Bäder für die OberösterreicherInnen erhalten bleiben!



© Wolfgang Spitzbart

Renner Institut OÖ

Ideen- und Kompetenzforum zur Nationalratswahl



© Andreas Währinger

80 TeilnehmerInnen bereiteten sich bereits im Juli höchstmotiviert auf den Wahlkampf vor.

80 ambitionierte TeilnehmerInnen fanden sich am 27. Juli im Jägermayrhof in Linz ein. Alle mit derselben Mission: Eine erfolgreiche Nationalratswahl am 29. September zu schlagen. Nach den Grußworten von LPV Birgit Gerstorfer erläuterte der oberösterreichische Spitzenkandidat NR Alois Stöger die aktuelle Lage und welchen Herausforderungen sich die SPÖ angesichts des von Türkis-Blau missbrauchten Vertrauens in die Politik stellen muss. SPÖ Landesgeschäftsführer Georg „Schorsch“ Brockmeyer präsentierte die Wahlkampagne und die politischen Inhalte. Nach den Workshop-Runden zu den Themen Unsere Botschaften, Offensive Social Media, Innovativer Wahlkampf, Kampagnen Kompetenz sowie Professionelle Handy-Videos rundete ein „Nationalratswahl-Talk“ mit den Abgeordneten Evi Holzleitner, Hermann Krist und Doris Margreiter dieses Campaign Camp gut gestimmt und motivierend ab.

Renner Institut OÖ

Unterstützung für den Wahlkampf

Sowohl AktivistInnen als auch KandidatInnen zur Nationalratswahl machten regen Gebrauch von den eigens für die Wahlaktivitäten angebotenen Unterstützungsmaßnahmen. Über Hausbesuche und Social Media und Kampagnenkompetenz bis zum erfolgreichen Auftritt spannte sich

der Bogen der Weiterbildungsmaßnahmen.

Einem erfolgreichen Wahlkampf steht somit nichts entgegen.



Landesbildungsorganisation

Vorsitzender Bernd Dobesberger feiert 60er

Seit 2013 ist Bernd Dobesberger Vorsitzender der Landesbildungsorganisation der SPÖ Oberösterreich. 2014 wurde er zum stellvertretenden Bundesbildungsvorsitzenden gewählt. 2010 fungierte er als Motor für den Reformprozess morgen. rot. Als Chefredakteur des „Bildungskurier“ ist Bernd Dobesberger seit den 90er Jahren aktiv, im Landespartei Vorstand ist er Mitglied seit 1997. Diese durchaus beeindruckenden Daten sagen allerdings nichts über das Wirken von Bernd aus. Bernd Dobesberger zählt nämlich zu einer vom ehemaligen Bildungsvorsitzenden Max Lotteraner als „Bildungs-Ferdln“ geadelten Funktionäre-Kategorie: Nicht das eigene Fortkommen in der Partei steht im Vordergrund des Tuns sondern die Unterstützung der in der SPÖ aktiven Menschen und die Weiterentwicklung der Organisation als solche. Die „Geschlechter-Sozialdemokratie“-Seminare mit Bernd sind mittlerweile legendär. Er wird dank seines umfassenden Wissens (ober) österreichweit zu Vorträgen und Diskussionen eingeladen. Keine Gruppe ist ihm zu klein oder zu weit weg, um sie nicht voller Engagement zu besuchen und sich mit ihr auf inhaltlicher Ebene auseinanderzusetzen.

Auch seine Aufgabe als Landesbildungsvorsitzender füllt Bernd Dobesberger kompetent und mit Leidenschaft aus. Poli-

tische Versiertheit, Analysefähigkeit und Zukunftsorientierung zeichnen seine Wortmeldungen und Beiträge bei Sitzungen und Konferenzen aus. Bernds menschliche Qualitäten, seine lebenswürdige Art der Kommunikation und eine kluge Portion Gelassenheit machen die Zusammenarbeit mit ihm zu einem tatsächlichen Vergnügen. (Annemarie Obermüller)



Landesbildungskonferenz 2013 – Wahl zum Vorsitzenden.

Bildungsprogramm 2019/20

Dieser Ausgabe des „Bildungskurier“ ist das aktuelle Bildungsprogramm des Renner Institutes OÖ beigelegt.

Sollte dem nicht so sein, kann das Bildungsprogramm bei Alexandra Kneidinger (alexandra.kneidinger@spoe.at oder 05/7726-1116) bestellt werden.



DIE FILMREIFE KULISSE IN LINZ

Eben noch direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase: Das Central besticht trotz der verkehrsgünstigen Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.

www.centrallinz.at

office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199 | Landstraße 36

Folge uns auf Facebook & Instagram!  

© Reinhard Winkler